

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

Wanderarbeiter Biser Rusev nach Arbeitsunfall in Höchst endlich operiert

Juristische Auseinandersetzung und politische Aufarbeitung geht weiter

Spiegel, Frankfurter Rundschau und regionale Zeitungen hatten über den tragischen Arbeitsunfall des Wanderarbeiters Biser Rusev aus Bulgarien berichtet, der ohne sein Wissen als Selbständiger beschäftigt, plötzlich schwer verletzt ohne Krankenversicherung und Hilfe dastand. Eine Welle von Hilfsbereitschaft brachte daraufhin dankenswerterweise über 16.000 Euro Spenden ein auf das Konto der Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation. Durch das hartnäckige Insistieren im zähen Kampf mit Behörden, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften u.a. konnte die Organisation MigrAr Frankfurt/Main (*Gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen, mit und ohne Papiere*) mit UnterstützerInnen nun einen Erfolg feiern. Biser Rusevs Verletzungen wurden erfolgreich operiert, die Krankenkasse übernahm vorläufig die Kosten. "Ohne MigrAr und Eure Unterstützung wäre ich ein Krüppel oder tot gewesen", meinte Biser Rusev, dessen Versuche, sich im Klinikum behandeln zu lassen, mehrfach abgelehnt worden waren: ohne Krankenversicherung keine Operation. Biser Rusev möchte in Deutschland bleiben, hat im Krankenhaus angefangen, Deutsch zu lernen, will eine Wohnung suchen und würde gerne hier arbeiten. Doch nicht mehr mit einem zweifelhaften Gewerbeschein, sondern als Angestellter. Die Arbeitsagentur hat einen Integrationskurs bewilligt, auch dies ein Erfolg von MigrAr.

Die Arbeit mit Gewerbeschein – bis Ende 2013 die einzig legale Möglichkeit für Menschen aus Bulgarien und Rumänien, in Deutschland zu arbeiten – war ein wesentlicher Grund für seine Leidensgeschichte. Arbeitgeber nutzen die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit – eine der vier Grundfreiheiten der EU –, um Menschen als Scheinselbständige zu beschäftigen und die Sozialversicherungsabgaben zu sparen (allein im Rhein-Main-Gebiet ca. 12.000 Beschäftigte, oft unversichert und zu Dumpinglöhnen auf Baustellen, in der Gastronomie, im Reinigungsgewerbe, in Haushalten oder der Landwirtschaft). Wenn etwas passiert, wie im Fall Biser Rusev, fallen die Betroffenen durch alle Lücken des sozialen Netzes und brauchen enormen Mut, um sich gegen diese Form der Ausbeutung zu wehren. Für ihre Unterstützung bräuchte es viel mehr Beratungsstellen.

MigrAr verfolgt den Fall juristisch und politisch: Gegen den Subunternehmer Aydin T., der Biser den Auftrag für die Arbeiten im kontaminierten Bereich zu einem Stundenlohn von sieben Euro gegeben und ihn nach seinem Sturz mit der Angabe "Privatunfall" ins Klinikum eingeliefert hatte, laufen Ermittlungen, leider bisher noch nicht gegen die übergeordneten Unternehmen. Auch die Auseinandersetzung mit der Berufsgenossenschaft, die den von MigrAr gestellten Antrag auf Leistungen aus der Unfallversicherung zunächst abschlägig beschieden hatte, geht weiter. Der Fall ist von der BG BAU neu aufgerollt worden.

Die **Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation** hat wie schon in früheren Fällen – in Zusammenarbeit mit dem Projekt Faire Mobilität – auch in diesem Fall schnell und unbürokratisch mit einer finanziellen Unterstützung geholfen. „Dieser erschütternde Fall zeigt erneut, wie wichtig es ist, die sozialen Menschenrechte – hier das Recht auf Arbeit und auf

wirksamen Gesundheitsschutz – als individuell einklagbare Rechte in Deutschland, der EU und weltweit zu verankern“, so Eberhard Schultz, Gründer und Vorsitzender der Stiftung, der um Spenden für die weitere Arbeit auf das Konto der Stiftung mit dem Stichwort „Notfonds“ bittet:
Konto 1060971620 **BLZ** 10050000 Berliner Sparkasse.

Indem ArbeitsmigrantInnen besser über ihre Rechte informiert werden z.B. durch mehrsprachige Informationsmaterialien auf Gewerbeämtern, in den Notaufnahmen von Kliniken etc. kämpft MigrAr gegen die moderne Form der Sklaverei durch Werkverträge, ein Ausbeutungsinstrument, das mittlerweile auch von namhaften Autokonzernen, in der Fleischindustrie und im Lebensmitteleinzelhandel massenhaft zum Lohndumping eingesetzt wird. Die Erfahrungen mit der Einschränkung der Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit im Fall Polen, Rumänien und Bulgarien sollten Anlass genug sein, um bei künftigen Erweiterungen, wie sie mit Kroatien anstehen, rechtlich nachzubessern.

Weitere Informationen erhalten Sie bei: **MigrAr Frankfurt/Rhein-Main**
Gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen in prekären
Arbeitsverhältnissen, mit und ohne Papiere
Kirsten Huckenbeck 069 – 67 99 84
E-Mail: kontakt@migrar-ffm.de

**Eberhard Schultz, Stiftung für soziale
Menschenrechte und Partizipation**
0172/4203768
www.sozialemenschenrechtsstiftung.org